

Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL): Für einen wissenschaftlichen Pilotversuch für den kontrollierten Kokainverkauf

Auch das Verbot des Kokainkonsums ist Ausdruck einer blockierten schweizerischen Drogenpolitik und kriminalisiert tausende Menschen. Diese verkehrte Politik kostet viel Geld, das besser für die Prävention ausgegeben würde. Die Städte sind von dieser fehlgeleiteten Politik besonders betroffen.

Die aktuellen Razzien machen die Verfahrenheit der Situation deutlich: Mit einem riesigen Aufwand wird gegen die Menschen, welche sich am untersten Ende der Handelskette befinden, vorgegangen. Diejenigen, welche im mittleren und grossen Stil vom Drogenhandel profitieren, werden ausser vor gelassen. Dies führt dazu, dass höchstens Symptombekämpfung betrieben wird. Das höchste der Gefühle dieser Aktion wäre, dass sich die Szene an einen anderen Ort verschiebt.

Eine 2001 veröffentlichte Studie zur Auswirkung der repressiven Drogenpolitik um 1998 in Bern hat folgendes feststellen können:

„Die Änderung der Repressionsstrategie in Bern mit einer stärker auf den Gross- und Zwischenhandel ausgerichteten Zielsetzung führte zu einer signifikanten Abnahme der Kontrollen bei nicht-dealenden Konsumenten. Demgegenüber ist die Repressionserfahrung bezüglich Kontrollen und Anzeigen der mehrheitlich einheimischen Drogenverkäufer unverändert geblieben. Dieser Befund legt die Vermutung nahe, dass sich die polizeilichen Massnahmen gegen den Drogenhandel weitgehend auf ausländische Personen konzentrierten.¹„

Ein Pilotversuch analog zum Pilotversuch bei den Cannabis-Social-Clubs könnte auch bei Kokain zu vereinfachter Prävention und einer besseren Kontrollmöglichkeit führen und eine weitaus effektivere Massnahme gegen den „Deal“ als eine von Racial Profiling geprägten repressiven Drogenpolitik sein.

Die Stadt Bern war lange bekannt für ihre fortschrittliche Drogenpolitik, deshalb sollte sie sich auch vermehrt für einen vernünftigen Umgang mit dem Drogenkonsum und den Drogenbezugsmöglichkeiten einsetzen.

Die Motionärin fordert den Gemeinderat auf, mit anderen Städten Kontakt aufzunehmen und das Projekt eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Kokain voranzutreiben und in die Realität umzusetzen.

1. Der Gemeinderat soll gegenüber anderen in drogenpolitischen Fragen fortschrittlichen Städten und gegenüber dem Bundesrat sein Interesse bekunden, an einem solchen Pilotprojekt teilzunehmen.
2. Der Gemeinderat soll sich (wenn möglich mit den anderen Städten) dafür stark machen, dass ein solches Pilotprojekt überhaupt in die Tat umgesetzt wird und dies in nützlicher Frist realisiert wird.
3. Der Gemeinderat soll nach Möglichkeit eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zwischen den Städten anregen, welche einen möglichen Pilotversuch für den kontrollierten Kokainverkauf skizzieren.

¹ <http://www.organized-crime.de/revbra01.htm> Braun, N.; Nydegger Lory, B.; Berger, R.; Zahner, C.: Illegale Märkte für Heroin und Kokain. Bern: Verlag Paul Haupt, 2001

In der Studie wurden Angehörige der „sichtbaren Drogenszenen“ in den Städten (Basel, Bern, Zürich) im Sommer 1997 und 1998 (nach der Aktion Citro) befragt. (Bern 1997 n=288; 1998 n=198). Die Zweitbefragung erfolgte nach einer im Januar 1998 eingeleiteten Änderung der Drogenpolitik in Bern hin zu einer rigoroseren Verfolgung des Zwischen- und Grosshandels harter Drogen. Dieser Umstand bot die Gelegenheit, konkret Marktwirkungen der Repression zu untersuchen.

4. Der Gemeinderat informiert den Stadtrat mittels eines Zwischen- und eines Endberichts über die getroffenen Massnahmen und Auswirkungen.

Begründung der Dringlichkeit

Die aktuelle Aktion gegen die Kleinstdealer auf der Schützenmatte machen die Verfahrenheit der Situation deutlich. Damit eine Austrocknung des illegalen Marktes nicht zu fatalen Folgen für die Kokainkonsumenten führt (schlechte Kokainqualität und Beschaffungsstress wirken sich negativ auf die Gesundheit aus), braucht es griffige Begleitmassnahmen um den abhängigen Menschen den Zugang zu qualitativ gutem Stoff zu ermöglichen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Christa Ammann.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der VerfasserInnen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die UrheberInnen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 02. Juli 2015

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Mess Barry, Daniel Egloff, Luzius Theiler